

Michael Thumann

Türkische Modernisierungskrise

Die Reformen können warten, die Türkei versinkt wieder in innerem Zwist. Im September hat Premier Tayyip Erdogan einen heftigen, sehr emotionalen Angriff auf den Medientycoon Aydın Döğan gestartet. Der hatte ihn zuvor in seinen Zeitungen in die Nähe krimineller türkisch-deutscher Spendensammler rücken lassen. Nach dem offenen Schlagabtausch der beiden mächtigen Männer kehren die politischen Kräfte der Türkei wieder in die Schützengräben zurück, in denen sie vor dem Sommer schon saßen. Das Land findet keinen inneren Frieden.

Michael Thumann

(*1962) leitet die ZEIT-Redaktion für den Mittleren Osten in Istanbul. Bis Ende 2007 koordinierte er die außenpolitische Berichterstattung der ZEIT. Veröffentlichte u.a. *Der Islam und der Westen. Säkularisierung und Demokratie im Islam* (2003). michael.thumann@zeit.de

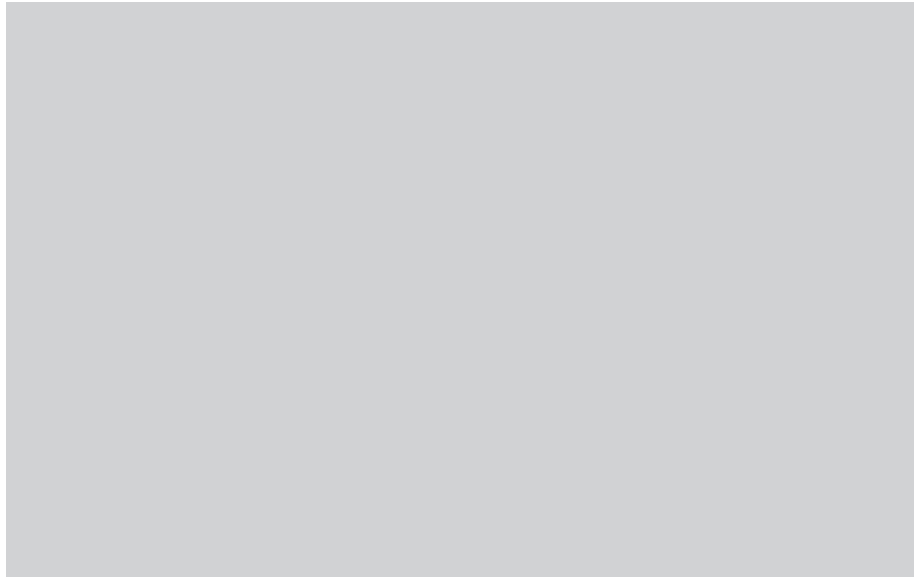


Es gibt ein beliebtes Vorurteil in Deutschland: Demnach finden die politischen Auseinandersetzungen der Türkei ihre Ursache in einem Kampf islamistischer gegen säkulare Kräfte. Das trifft die Sache nicht und täuscht mit einem seit dem 11. September 2001 gängigen Motiv über die wirklichen Gegensätze hinweg. Die Türkei geht vielmehr durch eine Modernisierungskrise. Kein Kampf um den Islam prägt die Veränderung, sondern ein Kampf um die Macht im Übergang zu einem freieren, offeneren Land. Der Islam ist nur eine Metapher dieser Auseinandersetzung, eine Kampfformel. Es geht vielmehr um die Mehrheitsverhältnisse im Land, um die Besetzung hoher Beamtenposten, um EU-Reformen, um die Unterordnung des Militärs unter die Politik, um die Öffnung des Landes für ausländische Bürger und für ausländische Investoren. Hier kämpfen zwei machtvollen Eliten gegeneinander, die Elite des Zentrums und

die Aufsteiger aus der Provinz. Es geht um einen *regime change* von innen.

Die Türkei wird seit 1923 von einer kleinen überschaubaren Elite regiert. Es ist die aus den Mitstreitern und Anhängern Kemal Atatürks hervorgegangene Schicht hoher Beamter, hoher Militärs, von Richtern, Staatsanwälten, Journalisten und den dazu gehörigen Politikern. Manche von ihnen nennen sich Kemalisten, andere ziehen es vor, säkular genannt zu werden. Sie berufen sich auf die westlichen Reformen des legendären Staatsgründers. Ihr politisches Sammelbecken ist die CHP, die von Kemal Atatürk gegründete Republikanische Volkspartei. Sie haben das Land aufgebaut, entwickelt und zu einer Bedeutung geführt, die in der EU meist unterschätzt wird. Doch hat sich in den über achtzig Jahren ihrer Herrschaft viel verändert, und die CHP bleibt vielfach hinter modernen Entwicklungen zurück.

Die CHP versteht sich zwar als *die* klassisch westliche Partei, aber sie lehnt fast alle Reformen, die von der EU eingefordert wurden, ab. Sie ist gegen die Unterordnung des Militärs unter die Politik. Sie kämpft gegen die Übernahme von EU-Normen in der Kultur- und Bildungspolitik, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie nimmt gegen die Wiederherstellung von Minder-



heitenrechten Stellung. Sie blockiert die Rückgabe von Eigentum an Kirchen und Synagogen so gut sie kann. Sie stimmte gegen wichtige Reformgesetze zur Ausweitung der Kurdenrechte.

Obwohl die CHP in der Opposition ist, ist sie zugleich an der Macht. Viele Beamte gehören der Partei oder ihrem Spektrum an. Viele Offiziere sind ihr verbunden, Richter halten zur CHP, Fernsehstationen, einflussreiche Zeitungen und Radiosender unterstützen sie. Diese Gruppen bilden die Elite des Zentrums, die Kinder und Kindes-
kinder derer, die diesen Staat von Ankara aus seit den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts aufgebaut haben. Die CHP hat seit 1950, als die Türken das erste Mal zwischen mehreren Parteien wählen durften, nicht mehr die Mehrheit bekommen. Seither gelang es ihr nur, in Koalitionsregierungen an die Macht zu kommen. Mit jeder neuen Generation von jungen Türken und Türkinnen, die das Wahlrecht bekommen, verlieren die CHP und ihr Umfeld an Stimmen. Die Elite des Zentrums hat Konkurrenz bekommen.

Tayyip Erdogan kommt aus dem politi-

schen Islam wie auch der heutige Präsident Abdullah Gül. Doch brachen sie Ende der neunziger Jahre mit der islamistischen Bewegung und bauten eine neue pragmatisch-konservative Partei auf, die AKP. Die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung errang 2002 einen überwältigenden Wahlsieg, den sie im Juli 2007 sogar noch ausbauen konnte. Während die Islamisten von der Glückseligkeitspartei eine Splitterpartei blieben, holte die AKP die absolute Mehrheit. Mit ihr kommen die Eliten aus der Provinz an die Macht.

Die AKP ist heute eine Mitte-Rechts-Partei, eine Volkspartei, die religiöse und säkulare Wähler zugleich aufsaugt. In ihrem Programm findet die Religion keine Erwähnung. Sie hat Ende 2002 die Reformpakete der Vorgänger übernommen und ausgebaut. Sie erfreut sich der engen Unterstützung der EU-Kommission, die in ihr einen verlässlichen Partner zu haben glaubt. Sie genießt zugleich das Vertrauen der christlichen Minderheiten, die ihr die Reformgesetze und politischen Lockerungen zugute halten, gleichzeitig aber mehr erwarten. 2004 erreichte die AKP Bei-

trittsverhandlungen mit der EU. Die neue Kurdenpolitik der Regierung war dafür von erheblicher Bedeutung. Der Gebrauch der kurdischen Sprache wurde erweitert, Sprachkurse eingerichtet, Medien zugelassen. Dazu kamen erhebliche Investitionen, meist staatlicher Art, in Straßen, Dörfer, Kanalisation. Bei der Wahl 2007 erhielt die AKP deshalb die meisten Stimmen im Südosten, sie bekam mehr als die prokurdischen Parteien.

Doch ist die Euphorie der Reformphase lange vorbei. Seit 2006 ist die Regierung Erdogan in politischer Stagnation gefangen, teils durch eigenes Verschulden, teils durch die Angriffe der Opposition. Auslöser war die Erbfolgefrage im Präsidentenamt, wo Kemal Atatürk einst gesessen hatte. Viele seiner Nachfolger sahen sich als Repräsentanten der säkularen Republik und Kämpfer gegen islamistische Unterwanderung. Vor allem der Vorgänger von Präsident Gül verstand sich als solcher und setzte sein Veto-recht als politisches Kampfmittel ein.

Im April 2007 brach die türkische Staatskrise aus, die bis heute nicht gebändigt ist. Damals wollte Erdogan sich das verfassungsmäßige Recht nicht nehmen lassen, seinen Mann ins Präsidentenamt zu setzen. Die Wahl fiel am Ende auf den damaligen Außenminister Gül. Das Militär reagierte mit einer ungelenkten Putschdrohung im Internet, kemalistische Organisationen brachten hunderttausende Demonstranten auf die Straßen. Doch im Parlament ließ Erdogan seinen Parteifreund Gül mit Mehrheit wählen, worauf das Verfassungsgericht die Abstimmung für ungültig erklärte. Die fälligen Neuwahlen brachten Erdogan einen überwältigenden Sieg. Danach wurde Gül mit Zweidrittelmehrheit ins Parlament gewählt. Die Krise setzte sich in diesem Jahr fort, als der Generalstaatsanwalt die AKP verbieten und ihren Spitzenpolitikern Politikverbot erteilen wollte. Sein Antrag scheiterte Ende Juli knapp an nur einer Stimme im Verfassungsgericht.

Es war nicht der Streit um Kopftuch und Islam, der die Krise in diesem Jahr vertiefte. Es ging und es geht um Abdullah Gül, um das Präsidentenamt, um die Macht und ihre Verteilung. Die Elite des Zentrums plagt der Alptraum, ihre über mehrere Offiziersgenerationen und vier Militärputsche hinweg ererbte Macht zu verlieren. Das Gleichgewicht der Kräfte sieht aus ihrer Sicht so aus: Die Regierung kann frei gewählt werden, solange ihnen Bürokratie, Armee, Justiz und Präsident bleiben. So ist die vom Volk gewählte Regierung eingeeht. Erdogan indes hat mit Güls Wahl diese sehr türkische Art der Gewaltenteilung durchbrochen. Abdullah Gül kann nun Beamte ernennen, Verfassungsrichter, Staatsanwälte, Universitätspräsidenten – die bisher noch kemalistische Prinzipien hochhalten, sei es das Kopftuchverbot oder das staatlich verordnete Geschichtsbild in der Türkei, wozu auch die umstrittene armenische Frage zählt.

Es ist dieser Machtkampf, der mit dem Scheitern des Verbotsverfahrens nicht vorüber ist. Schon im September fand er mit dem Kampf zwischen Erdogan und dem Medientycoon Aydin Dogan seine Fortsetzung mit anderen Mitteln. Doch bleiben der Elite des Zentrums nicht mehr viele Möglichkeiten. Ein Militärputsch scheint unwahrscheinlich, ein *Coup d'état* der Richter ist gescheitert, eine Koalition mit anderen Parteien gegen die AKP scheitert bislang an der notorischen Schwäche der CHP. Doch kann die Modernisierung der Türkei nicht gelingen, wenn nur die konservative AKP modernisieren will. Es braucht auch eine starke Mitte-Links-Opposition, die in der Sache opponiert und sich nicht in Kopftuch- und Postenfragen verbeißt. Eine starke Opposition, die den Weg in die EU unterstützt. Eine starke Opposition, die Frieden macht mit der Tatsache, dass jetzt die anderen regieren. Und die sich genau überlegt, wie sie wieder an die Regierung kommen kann, nicht durch Putsch, sondern in Wahlen.